

# «Es gibt Klischees über mich»

*Was Bundesratskandidatin Karin Keller-Sutter an ihrem eigenen Image mag – und was weniger*

Karin Keller-Sutter möchte für die FDP in den Bundesrat. Die St. Galler Justiz- und Polizeidirektorin kämpft vor allem gegen das Hardliner-Image, das ihr medial hartnäckig anhaftet.

*Frau Keller, in letzter Zeit stand der Bundesrat häufig in der Kritik. Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit der gegenwärtigen Landesregierung?*

Man sollte den Bundesrat in der polarisierten Parteienlandschaft nicht isoliert betrachten. Und man muss auch in Rechnung stellen, dass der Bundesrat in diesen schwierigen Zeiten insgesamt die richtigen Entscheidungen gefällt hat. Oft muss man in einer Regierung zwischen zwei Übeln entscheiden. Da ist auch die Kritik zu relativieren.

*Sie arbeiten selber in einer kantonalen Exekutive. Sehen Sie Parallelen?*

Der Bundesrat ist medial viel exponierter als eine Kantonsregierung. Was aber die Arbeit in einem Exekutivgremium immer belastet, ist, wenn man jeden Sonntag Interviews über Dinge gibt, die noch gar nicht entschieden wurden.

*Wären institutionelle Änderungen nötig?*

Das A und O ist, dass man bereit ist, die Kollegialität zu leben. Ich glaube, dass ein gutes Gremium auch in schlechten Strukturen arbeiten kann. Wichtig ist aber, dass man sich etwas löst von den eigenen Hobbys und Vorlieben, über die man sich selber profilieren kann.

*Würden Sie eine Volkswahl auch für den Bundesrat empfehlen?*

Nein, da bin ich dagegen. Die Bundesversammlung kann einen Ausgleich schaffen zwischen den Regionen. Und sie kann beurteilen, wie die einzelnen Bundesräte arbeiten.

*Die SVP beansprucht den frei werdenden FDP-Sitz. Was halten Sie davon?*

Die Wahl ist Sache der Bundesversammlung, es liegt nicht an mir als Kandidatin, darüber zu urteilen. Was ich nicht für gut halte, ist die Zersplitterung des Parteiensystems. Wenn zum Schluss in diesem Land jeder seine eigene Partei gründet und in den Bundesrat will, ist das kein gutes Zeichen.

*Der Freisinn wird zwischen den Polen aufgerieben. Wo sehen Sie für die FDP auf Dauer mehr Potenzial zur Zusammenarbeit: mit der SVP oder mit der SP? Als Regierungsrätin habe ich auf beiden*

Seiten schon Mehrheiten gesucht oder gebraucht. In zentralen Herausforderungen – ich denke etwa an den Finanzplatz oder die Sicherung der Sozialwerke – steht für mich eher Mitte-Rechts im Vordergrund. Die SVP müsste aber mehr Verantwortung übernehmen und damit aufhören, in erster Linie Wähleranteile zu bewirtschaften.

*Warum aber verliert die FDP seit Jahren Wahl um Wahl? Liegt es am Programm, oder liegt es an den Köpfen?*

Ich glaube, die FDP wurde in den letzten Jahren einseitig als Partei des Finanzplatzes und der Wirtschaft wahrgenommen. Sie ist auch eine Wirtschaftspartei, aber man muss den Wählern darüber hinaus klarmachen, dass freisinnig bzw. liberal zu sein, nicht eine Frage des Einkommens ist. Viele Menschen haben den Eindruck, dass wir nicht mehr zu den Grundwerten stehen, welche die Schweiz stark gemacht haben. Wir müssen eine moderne Bürgerlichkeit verkörpern, einen modernen Patriotismus.

*Solches haben aber doch alle freisinnigen Präsidenten der vergangenen Jahre betont, ohne eine Wende zu erreichen.*

Man muss auch tun, was man sagt. Die Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit der Personen, die eine Idee verkörpern, ist ganz zentral. Man muss zu kämpfen bereit sein, und man muss beweisen, dass man sich nicht einfach von Partikularinteressen steuern lässt.

*Sie selber werden medial als «Hardlinerin» dargestellt, als «eiserne Lady». Wie gehen Sie mit diesem Image um?*

Ich habe gelernt, damit zu leben. Es gibt einen Teil daran, der mich ärgert: nämlich, wenn man damit suggeriert, ich sei ein harter Mensch. Was mich nicht stört, ist, dass man mir immerhin attestiert, eine klare Linie zu vertreten. Ich selber sehe mich in einer absolut liberalen Tradition. Mir geht es um die Durchsetzung des Rechts zum Zweck der Verteidigung der Freiheit.

*Im Zusammenhang mit dem Asylrecht haben Sie doch aber die harte Linie unterstützt: Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Asylbewerber, Einstellen von Sozialhilfe und Beschränkung von Rechtsmitteln im Asylverfahren.*

Das war ein Bundesgesetz, das ich vielleicht unterstützt, aber nicht selber gemacht habe. Wenn Sie in meinem Wirkungsbereich etwa die Schnellverfahren bei den Hooligans nehmen, so erachte ich es als eine liberale Lösung, die Verursacher direkt zur Rechen-

schaft zu ziehen. Oder bei der Frage der häuslichen Gewalt, welche mir das Hardliner-Image eingetragen hat – ausgerechnet bei einem feministischen Anliegen: Die Wegweisung ist doch viel verhältnismässiger als etwa eine Präventivhaft.

*Wenn wir auf nationale Themen zurückkommen: Denken Sie, die Schweiz gehört langfristig in die EU, oder lehnen Sie einen Beitritt grundsätzlich ab?*

Die Frage ist falsch gestellt: Es geht hier nicht um eine Liebesgeschichte. Für mich ist Aussenpolitik immer Interessenpolitik. Ich sehe das pragmatisch, wie es auch die Bevölkerung tut: Es geht uns gut, sicher jedenfalls besser als den europäischen Nachbarn. Von daher glaube ich nicht, dass die Schweiz in absehbarer Zeit der EU beitreten wird.

*Wie soll man also mit dem EU-Beitritts-Gesuch verfahren? Sollte man es zurückziehen, wie das die SVP verlangt?*

Das wäre nicht zielführend und würde letztlich niemandem etwas bringen. Die zentrale Frage ist doch, wie wir uns mit der EU auch künftig auf dem bilateralen Weg gut arrangieren können.

*Ergibt sich Ihrer Meinung nach aus der Finanzkrise Regulierungsbedarf?*

Eine faktische Staatsgarantie für Grossbanken ohne Abgeltung ist sicher keine liberale Position. Es braucht Vorschriften hinsichtlich der Eigenmittel bei systemrelevanten Instituten. Ich denke aber, ein gut regulierter Finanzplatz könnte sogar ein Standortvorteil sein, weil so Risiken begrenzt werden.

*Und die Boni-Exzesse?*

Es müsste eine Mässigung erfolgen, aber nicht über den Staat. Ich sehe jedenfalls kein Modell, das praktikabel wäre. Es ist nicht Sache des Staates, Minimallöhne oder Maximallöhne vorzugeben – das bliebe Willkür. Ich bin für verstärkte Mitsprache der Aktionäre auch in diesem Bereich.

*Haben Sie eine Idee, wie die Sozialwerke langfristig gesichert werden könnten?*

Hier braucht es einen Massnahmen-Mix. Den reinen Abbau auf der Leistungsseite wird man jedenfalls nicht durchsetzen können. Beim Rentenalter bin ich für eine flexible Lösung, fest steht für mich aber: Ein weiterer Leistungsausbau ist nicht mehr möglich.

*Werden Sie das auch der SP-Fraktion beim Hearing so deutlich sagen?*

Ja. Ich bin bekannt dafür, dass ich meine

Meinung klar ausdrücke.

*Haben Sie Prioritäten, was die Departementszuteilung anbelangt?*

Ich kandidiere für das Amt einer Bundesrätin, und ich würde mich primär als Mitglied einer Kollegialregierung definieren. Als ich vor zehn Jahren in die St. Galler Regierung gekommen bin, hat man mir das Justiz- und Polizeidepartement zugeteilt, das war auch nicht mein Wunschdepartement.

*Also hatten Sie damals ein solches?*

Ja, ich interessierte mich für die Bildung und für die Volkswirtschaft. Ich habe eine pädagogische Ausbildung und war im Vorstand des kantonalen Gewerbeverbandes. Ich bin aber das lebende Beispiel dafür, dass man in jedem Departement glücklich werden kann.

*Sehen Sie noch andere Gründe, warum das Parlament gerade Sie in den Bundesrat wählen sollte?*

Ich bringe Führungserfahrung in einem Departement mit 1500 Leuten mit. Ich verstehe die Mechanik der Kollegialität. Ich bin es gewohnt, Themen anzupacken und einer Lösung zuzuführen. Und ich habe nicht zuletzt eine besondere Affinität zur Romandie, wo ich auch einen Teil meiner Schulzeit verbracht habe. Ich habe in der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren nationale Projekte geleitet und oft eine Scharnierfunktion eingenommen.

*Gibt es auch Schwächen, zu denen Sie stehen würden?*

Man will nicht mit eigenen Unzulänglichkeiten hausieren. Zudem sind Stärken und Schwächen zumeist relativ: In der Schwäche kann auch eine Stärke liegen und umgekehrt. Führung verlangt, dass ich mich selber gut kenne und weiss, wo ich auf mich aufpassen muss.

*Wenn Sie in den Spiegel sehen, wann sagen Sie sich: Da muss ich aufpassen?*

Also gut: Ich muss beispielsweise darauf achten, dass ich die Leute auch mitnehme. Ich bin jemand, der sehr schnell denkt. Wenn ich eine Lösung sehe, bin ich in Gedanken rasch schon bei der Umsetzung. Ich muss darauf achten, dass ich auch für die Prozesse genügend Zeit aufbringe.

*Wie beurteilen Sie die Diskussionen über die Frauenvertretung oder die Vertretung der Kantone im Bundesrat?*

Auch das muss die Bundesversammlung austarieren. Ich war immer gegen Quoten. Die Bundesverfassung sieht aber die ausgewogene Vertretung der Regionen vor. Ich verstehe meine Kandidatur aber nicht ausschliesslich als St. Galler Kandidatur. Ich renne jedenfalls nicht mit Fahne und grünem Trikot herum. Die Ausgewogenheit ist ein Aspekt unter anderen.

*Fürchten Sie sich vor einer möglichen*

*Niederlage?*

Nein, da habe ich keine Angst. Ich bin mir bewusst, dass es ein Risiko ist. Ich bin mir auch bewusst, dass ich von aussen komme und weniger gut vernetzt bin in der nationalen Politik. Und ich bin mir bewusst, dass es Klischees gibt über mich. Aber man darf in der Politik nicht nur in Siegen und Niederlagen denken, sonst hat man schon verloren.

*Werden Sie allenfalls 2012 wieder für die Kantonsregierung antreten?*

Das weiss ich noch nicht. Ich habe dann drei Amtsdauern hinter mir.

*Sehen Sie Alternativen?*

2011 sind wieder nationale Wahlen. Auch dazu gibt es Gespräche mit der Partei.

*Vielleicht ein Ständeratssitz, wenn Erika Forster zurücktritt?*

Man muss immer offen bleiben. Ich habe Freude an der Politik, und ich finde Politik spannend. Ich finde auch diese Wahl jetzt spannend.

*Interview: Martin Senti*